



Vorlage Stadtparlament

vom 7. Oktober 2014

Nr. 2230

152.15.11 Stadtparlament: Postulate

Postulat Etrit Hasler: Für eine vernünftige Cannabispolitik – Abgabe in St.Gallen?; Frage der Erheblicherklärung**Antrag**

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Postulat „Für eine vernünftige Cannabispolitik – Abgabe in St.Gallen?“ wird **erheblich** erklärt.

Etrit Hasler sowie 31 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 1. Juli 2014 das Postulat "Für eine vernünftige Cannabispolitik – Abgabe in St.Gallen?" ein.

Der Stadtrat nimmt zur Frage der Erheblicherklärung wie folgt Stellung:

1 Ausgangslage

Das Eidgenössische Parlament hat 2001 im Rahmen einer Revision des Betäubungsmittelgesetzes den Regulierungsvorschlag, der eine Legalisierung des Konsums, des Handels sowie des Anbaus von Cannabis forderte, abgewiesen. 2008 wurde die eidgenössische Volksinitiative „für eine vernünftige Hanfpolitik mit wirksamem Jugendschutz“ vom Stimmvolk abgelehnt.

Zurzeit wird die Regulierung des Cannabiskonsums in der Schweiz wieder diskutiert. Im Zentrum stehen rechtliche und gesundheitliche Fragestellungen. Rechtlich ist gemäss Betäubungsmittelgesetz¹ klar, dass es sich bei Cannabis um eine illegale Droge handelt und Konsum, Anbau und Handel verboten sind, wobei erwachsene Cannabiskonsumierende le-

¹ Bundesgesetz über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe vom 3. Oktober 1951 (SR 812.121; abgekürzt BetmG).



diglich mit einer Ordnungsbusse belangt werden. Unbestritten ist, dass eine Regulierung des Cannabiskonsums bzw. einer kontrollierten Cannabisabgabe auch einen wirksamen Jugendschutz beinhalten muss.

Cannabis darf weder angebaut, eingeführt noch in Verkauf gebracht werden². Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) kann jedoch für den Anbau, die Einfuhr, die Herstellung und das Inverkehrbringen eine Ausnahmegewilligung erteilen, wenn kein internationales Abkommen entgegensteht und diese Betäubungsmittel der wissenschaftlichen Forschung, der Arzneimittelentwicklung oder der beschränkten medizinischen Anwendung dienen³. Gemäss BAG ist der rechtliche Spielraum für Pilotprojekte zur Abgabe von Cannabis-Produkten sehr beschränkt.

2 Konsum von Cannabis

Cannabis ist unter den illegalen Drogen die mit Abstand am meisten konsumierte Substanz in der Schweiz und liegt auch im europaweiten Vergleich weit vorne. Knapp 30 Prozent der Schweizer Wohnbevölkerung ab 15 Jahren haben gemäss Suchtmonitoring Schweiz aus dem Jahr 2012 zumindest einmal im Leben Cannabis konsumiert⁴. Allerdings konsumiert nur eine Minderheit der Konsumentinnen und Konsumenten regelmässig, und noch weniger täglich.

Wie auch beim Alkohol ist nicht jeder Konsum von Cannabis problematisch. Viele konsumieren Cannabis nur gelegentlich und erfahren dadurch keine gesundheitlichen Schäden. Cannabiskonsum kann aber zu sozialen und gesundheitlichen Problemen führen, welche man nicht unterschätzen darf. Der Anteil der problematisch Konsumierenden wird, bezogen auf die Bevölkerung, gesamtschweizerisch auf 1,2 Prozent geschätzt. Der problematische Konsum ist bei 20- bis 24jährigen Männern am höchsten.

Am 8. April 2014 hat die Nationale Arbeitsgemeinschaft Suchtpolitik (NAS-CPA) ein Grundlagenpapier zur Marktregulierung in der Drogenpolitik veröffentlicht⁵ und sich darin klar für ein Marktregulierungsmodell von Cannabis ausgesprochen, weil sich aus ihrer Sicht die Ziele der schweizerischen Drogenpolitik dadurch besser erreichen lassen, und zwar aus folgenden Gründen:

- Wirkstoffgehalt und Reinheit von Cannabis können durch eine staatliche oder staatlich lizenzierte Abgabe kontrolliert werden, was auf dem Schwarzmarkt unmöglich ist.

² Art. 8 Abs. 1 BetmG.

³ Art. 8 Abs. 6 BetmG.

⁴ Der Bericht ist einsehbar unter <http://www.bag.admin.ch/suchtmonitoring/>.

⁵ Das Dokument ist einsehbar unter http://www.nas-cpa.ch/fileadmin/documents/grundpositionen/NAS_Grundlagenpapier_ueberarbeitet.pdf.



- Es ist möglich, zeitliche und örtliche Verkaufseinschränkungen zu erlassen und aktiv Präventions- und Beratungsarbeit zu leisten.
- Durch die Tolerierung des Cannabisanbaus für den Eigenbedarf kann der Cannabis-handel besser aus dem öffentlichen Raum verdrängt werden, da es eine Alternative zum Erwerb auf dem Schwarzmarkt gibt.
- Durch eine konsequente Regulierung entstehen wirtschaftliche Vorteile, da Ressourcen bei der polizeilichen Verfolgung des Strassenhandels gespart und an anderer Stelle eingesetzt werden können, vor allem in den Bereichen Prävention, Früherkennung und Frühintervention sowie Umsetzung von Jugendschutzmassnahmen. Auch können mit Hilfe staatlicher Verkaufsmonopole Steuereinnahmen generiert und Arbeitsplätze geschaffen werden.

Auf allen drei Staatsebenen (Bund, Kanton, Gemeinden) befassen sich verschiedene Arbeitsgruppen (z.B. Eidgenössische Kommission für Drogenfragen (EKDF) ⁶, Konferenz der kantonalen Beauftragten für Suchtfragen (KKBS) ⁷, Städtische Konferenz der Beauftragten für Suchtfragen (SKBS) ⁸) mit der Cannabis-Thematik.

3 Suchtarbeit in der Stadt St.Gallen

Seit 1990 liegt in der Stadt St.Gallen die Verantwortung für die Suchtarbeit bei der Stiftung Suchthilfe. Das aktuelle Angebot mit dem „St.Galler Weg“ ist heute, nach 24 Jahren institutioneller professioneller Suchtarbeit, Folge des damals unternommenen Versuches, mit einer kooperativen Zweckgemeinschaft einem komplexen gesellschaftlichen Problem beizukommen.

Die Stiftung Suchthilfe entwickelt angesichts der sich ständig wandelnden Gesellschaft und Suchtproblematik zusammen mit ihren Kooperationspartnern pragmatische, zeitnahe und innovative Lösungsansätze. Dazu gehört auch der Umgang mit dem Suchtmittel Cannabis. Neben der medizinisch verordneten Abgabe sollen auch andere Projekte in den Schweizer Städten aktiv verfolgt werden.

Die Stiftung Suchthilfe hat an der OFFA 2014 über die medizinische Wirkung von Cannabis informiert. Das Interesse an der Sonderschau war ausserordentlich gross. Unter dem Titel „Cannabis – vergessene Medizin“ gab die Sonderausstellung einen Überblick über die Geschichte des Hanfs und dessen therapeutischen Nutzen.

In der Schweiz kommen Patientinnen und Patienten nur über eine hohe Hürde an ein legales Cannabismedikament. Bei Krankheiten wie Multipler Sklerose, Querschnittslähmungen, Krebs und Aids werden die Anträge in der Regel bewilligt. Doch erhalten Patientinnen und

⁶ <http://www.bag.admin.ch/themen/drogen/00042/00624/00625/00791/>

⁷ <http://www.bag.admin.ch/themen/drogen/00042/00624/00625/00793/?lang=de>

⁸ <http://www.bag.admin.ch/themen/drogen/00042/00624/00625/00792/?lang=de>



Patienten nur Zugang zu einem halb-synthetisch hergestellten THC-Produkt. Es wird nicht aus Cannabis gewonnen; die rund 400 weiteren Substanzen der Pflanze fehlen. Wie diese Substanzen zusammenspielen, ist noch nicht erforscht.

Im Kanton St.Gallen stösst der Vorschlag einer kontrollierten Abgabe für medizinische Zwecke bei Expertinnen und Experten aus Justiz, Politik und Medizin auf breite Zustimmung. Zahlreiche Ärztinnen und Ärzte erachten den Einsatz von Cannabis in der Schmerztherapie und bei Krebserkrankungen als sinnvoll. Verschiedene klinische Studien dokumentieren mögliche positive Effekte von Cannabisprodukten unter anderem bei Spastizität im Zusammenhang mit Multipler Sklerose, bei spastischen Lähmungen, Übelkeit und Erbrechen in Verbindung mit Chemo- und Strahlentherapie bei Krebserkrankungen und HIV-Medikation, chronischen neuropathischen Schmerzen, dem Tourette-Syndrom sowie in der Palliativ-Medizin.

Mögliches Vorbild für das Vorgehen einer Regulierung von Cannabis sind die Pilotversuche einzelner Städte bei der kontrollierten Heroinabgabe. Das Bundesamt für Gesundheit hat jedoch klar signalisiert, dass es aufgrund der bestehenden gesetzlichen Grundlagen nicht aktiv werden kann bzw. will. Die Befürworter einer Regulierung von Cannabis setzen vor allem auf Pilotversuche in Städten. Am weitesten fortgeschritten ist Genf, gefolgt von Basel. Für die organisatorische Umsetzung stehen dabei sogenannte „Social Clubs“ im Vordergrund (kontrollierter Zugang für Clubmitglieder).

Die Stadt St.Gallen ist mit einer Vertreterin von sozialer Seite und einem Vertreter von polizeilicher Seite in der Städtischen Konferenz der Beauftragten für Suchtfragen (SKBS) engagiert. Im Rahmen dieses Engagements auf eidgenössischer Ebene besteht auch die Möglichkeit zur Einsitznahme in Arbeitsgruppen. Aktuell befassen sich verschiedene Arbeitsgruppen koordiniert mit dieser Thematik.

Aufgrund der gesellschaftlichen Bedeutung des Themas Cannabis soll die Stadt St.Gallen die aktuellen Entwicklungen aktiv mitverfolgen und zu gegebener Zeit Bericht erstatten, ob und in welchem Rahmen sich St.Gallen an einem wissenschaftlich begleiteten Pilotprojekt zur straffreien Abgabe von Cannabis beteiligen könnte oder welche Argumente dagegen sprechen. Ebenfalls wichtig und mit Sicherheit weniger umstritten ist das Ziel eines einfacheren Zugangs zur medizinisch indizierten Abgabe von Cannabis für Patientinnen und Patienten.

Der Stadtpräsident:



Scheitlin

Der Stadtschreiber:

Linke

Beilage:

Postulat vom 1. Juli 2014

